

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 48

Halle (S.), 27. November 1926

2. Jahrgang

Die vereinigten Staaten von Europa.

Herrn Briands Wort — Der Anschluß Oesterreichs — Die Ueberbrückung des Hasses — Frankreichs Finanzproblem — Der eigenwillige Franken — Amerikas Stellung zu Thoiry — Die britische Reichskonferenz — Beneidenswerte Klugheit — Verlegung des britischen Schweregewichts — Die französisch-italienischen Beziehungen — Der Zwang des Faschismus — Genf und Stresa — Militärkontrolle und Rheinräumung — Deutschnationale Offerte — Keine große Koalition — Herr Mahraun — Sozialdemokratische Forderungen — Der Kampf um Gessler — Bayerische Drohungen.

Wiederholt ist das Wort von den Vereinigten Staaten von Europa gefallen. Herrriot hat es gebraucht und auch Briand bekannte sich gelegentlich zu diesem Zukunftsideal. Aber zum ersten Male ist es von einem leitenden Minister in seiner amtlichen Eigenschaft und vor einem Parlament ausgesprochen worden. Briand war es, der den Mars dazu aufbraute. Allerdings in einer Verbindung, die nicht ganz unseren Empfinden gerecht wird. Kleist hat sogar mit uns laßtlichen Gründen. Das vereinte Europa sei die beste Gewähr gegen den Anstich Oesterreichs an Deutschland. Doch immerhin. Es hat jetzt den Wert einer programmatischen Erklärung erhalten. Es ist ein Teil amtlicher Bestrebungen geworden. Und das verdient festgehalten zu werden. Weltfremde Politiker haben sich auch bei uns längst zu diesem Gedanken bekannt und ihn praktisch zu verwirklichen versucht, indem sie über die Abgründe des Hasses und der Rachsucht die Brücken zur Verständigung schlugen. Doch wir sind die Unterlegenen des Weltkrieges, deren Ansprüche nicht die gleiche Bedeutung haben wie die der Sieger. Und deshalb war es notwendig, daß die Flagge zuerst in Paris gehißt wurde. Gerade dort, wo Jahrzehnte alte Abneigung den Erbfeind immer wieder in bürliche Abenteuer rief. Es gab keinen Frieden, aber Frankreich die Niederlage von Sedan ausgenutzt hatte. Ein Unterchied in der französischen und deutschen Einstellung, mit dem geredet werden mußte. Allerdings der Kampf von 1870 war nur ein Kinderbeispiel gegen das Völkerringen unserer Zeit. Die Republik jenseits der Vogesen erhobte sich rasch von den Schlägen und predigte wieder die Renouance. Erst das Weisbluten der Jahre 1914 bis 1918 brachte die Menschheit zu Erkenntnis von der Sinnlosigkeit der Waffenjänge. Niemals ist eine Schlacht ein Gottesurteil.

Damals stand der Sieger sofort auf beiden Füßen, jetzt zwingt die Sieger mit schwersten Wunden bedeckt nach Atem. Gerade Frankreich hat am stärksten gelitten. Seine Finanzen sind zerrüttet, seine internationale Stellung bedroht. Nur unter bittersten Opfern kann es die Wüthungen weiter tragen, die ihm militärisch seine Vormacht gewährleisteten. Die Finanzen aber gebieten ihm das Falt. Und so vollzieht sich schiefalhaft die Wende. Das ist das Bedeutendste am Weltkriege, daß er sich selbst überlegte. Keiner kann sich seiner Vorberer freuen. Dazu sind sie zu blutgetränkt und zu teuer bezahlt. Das Finanzproblem ist für unsere westlichen Nachbar entscheidend geworden. Herr Poincaré, dieser gäbe Verfechter einmal gefasster Meinungen, hat den Franken emporgeschoben, aber die Macht über seinen Stand ist ihm entglitten, und in den wirtschaftlichen Kreisen des Landes erkannte man folgenschwerlich, daß sehr leicht die Kursbewegung zur Katastrophe werden könnte. Selbst Poincaré hat eine Abnung davon beschiffen, und die ihm nachsehenden Wähler waren bereits. Man wird dieser weiteren Entwidlung mit Aufmerksamkeit folgen müssen, denn von ihr hängt mehr ab, als lediglich der Etat und der Franken selbst.

Frankreich ist nicht frei und Herr seines Geldes. Die Verschuldung aus dem Kriege drückt schwer auf die Nation. Alle Versuche, zu einem Abkommen mit den beiden Gläubigerstaaten, England und Amerika, zu gelangen, sind bisher gescheitert. Noch verzögert sich das Parlament, die Vertragsentwürfe zu genehmigen und hofft auf Verbesserungen. Aber die Ausichtslosigkeit ist offenbar. Das Weiße Haus hat sich deutlich mit aller Deutlichkeit geäußert und die Herrn Churchill nachsehende Kreise hat es an Worten nicht fehlen lassen. Deshalb, und nicht aus äußeren Gründen hat Senator Bergerer es abgelehnt, noch einmal als Posthaster nach Washington zu gehen. Er weiß, daß er dort kein Gehör findet. Und so wird Frankreich trotz Poincaré und Warin nichts weiter übrig bleiben, als eines Tages doch diese barte Laib zu knaden. Dann aber ist auch die Bahn frei für Thoiry. Die Aufhebung der Eisenbahnobligationen hört auf, eine finanzielle Unmöglichkeit zu sein, wenn die Vereinigten Staaten und Westruß eine Kasse öffnet. Eine grundsätzliche Abneigung, von der unsere deutschnationalen Wähler getrieben werden, besteht nicht. Im Gegenteil. Nichts ist drüber erwünschter, als ein Zusammenstoß des alten

Erdeitels, der dann erst seine Kaufkraft wiedergewinnt und als wirtschaftlicher Faktor zur Geltung kommt. Schwierig wird die Stellung Englands, wenn sie die Sehnsucht nach den Vereinigten Staaten von Europa erfüllt. Die britische Reichskonferenz hat hinter verschlossenen Türen getagt, aber in einem Kommuniqué das Wesentlichste ihrer Beratungen zusammengefaßt. Und das gerührt immerhin bemerkenswerte Einblicke in den Willen der Dominions. Es ist zweifellos eine gewaltige Leistung, die sich vollzogen hat, ein Akt staatsmännischer Weisheit, daß man die Zügel lockerte, ehe sie zerbrochen sind. Darin bedürft sich wieder englischer, politischer Intuition. Fehler, wie sie bei uns vorgekommen sind, werden auf John Bull's Insel vermieden. Man hat das Reich auf die Freiheit umgeändert und damit vermutlich das Gefüge fester gemacht, als wenn man es mit eisernen Klammern zusammenhalten wollte. Die Dominions denken nicht daran, wie bei uns Pfantasten glauben wollen, sich vom Mutterlande loszulösen, aber sie verziehen langsam das Schweregewicht. Aus den Dominions, die früher nur Kolonien waren, sind jetzt gleichberechtigte Glieder des Reiches geworden, die lediglich durch Interessen, aber auch durch die Erkenntnis ihrer Stärke im Imperium zusammengehalten werden. Nur für Europa ist es bedenklich. England ist heute das Haupt eines Reiches geworden, dessen wichtige Belange über See liegen. Daneben verschwinden die Interessen, die es in Europa hat. Niemals wieder kann es selbstherrlich eingreifen, ohne, daß die Dominions ihre Zustimmung geben. Es ist der Sadwahrer fremder Erdteile und hat sein Augenmerk auf Vorgänge zu richten, die jenseits der Ozeane sich abspielen. Aus Europa fällt es damit heraus. Klugheit überwand den Stolz, London bleibt Hauptstadt, bleibt es vielleicht sogar mehr denn je, aber nicht mehr in früheren Sinne.

Zugebende Vereinbarung wird sich wohl ermöglichen lassen, wenn der Zusammenstoß auf dem Kontinent sich einmal vollziehen sollte. Vorläufig aber ist das nur ein Wunsch, den einige Völkern entgegenstehen, vor allem das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien. Meldungen über Truppenzusammenschließung in den Savoyen-Alpen haben einige Aufregung hervorgerufen und Herr Turati, der Generalsekretär der faschistischen Partei, hat in einer Rede die Wirkung noch unterstrichen. Laute Töne liegen den Italienern. An sich bedeuten sie wenig, aber sie peitschen die Volkseinstimmung auf und können eines Tages zu gewaltiger Entladung führen. Noch steht das Volk hinter Mussolini, aber genauere Kenner des Landes wissen, daß nur starker Zwang dieses Wun-

Wieviel Mitglieder hast Du in deinem Wahlkreis für die Partei gewonnen? Keine? Dann alle, fäme nicht! Siehe Anderen nicht nach. Auf Deine Mitarbeit kommt es an.

der bewirkt. Der Unwille in den Massen ist groß, ohne sich äußern zu können. Ein Anstich könnte genügen, um das ganze Gebäude des Faschismus zum Einsturz zu bringen. Wann er erfolgt, weiß niemand vorauszufragen. Nur seine Folgen sind klar. Es wäre der Bürgerkrieg in seiner blutigen Form. Nichts trennt uns von Italien, außer der Sibiritorer Frage. Gerade deshalb wünscht vor der Nation, die in enger Gemeinschaft mit uns zur nationalen Einigung gelangte, daß sie auch diese drohende Krise rasch und leicht überwindet. Zweifel, daß ein glühender Stern über Rom waltet, sind allerdings berechtigt. Der Bogen ist überspannt. Ein letzter Versuch, zwischen Mussolini und Briand zu vermitteln, wird voraussichtlich im Zusammenhang mit dem Genfer Bälternunrats-Tagung unternommen werden. Es ist dabei gleichgültig, ob die Zusammenkunft in Genf erfolgt, oder in Stresa, dem Vorschlag kann man mit Spannung entgegensehen. Ueberhaupt ist die Bedeutung der zweiten Deponembode gerichtet zu beschaffen. Wenn Stresemann mit Briand und Chamberlain seine Verhandlungen fortsetzt, wird auch eine Erklärung in unseren Beziehungen zu Paris erfolgen müssen. In der

Frage der Militärkontrolle sind wir optimistisch. Es hat sich bereits herausgestellt, daß die deutsche Auffassung durchdringt, wann eine fäandige Kontrolle am Rhein mit dem § 219 des Friedensvertrages nicht vereinbar ist. Jetzt kommt es nur darauf an, sobald als möglich, die des mütigende Kontrolle der Alliierten Wächte zu beseitigen. Die Widerstände in Paris sind noch erheblich, und doch wird auch diese Sorge von uns genommen werden müssen, wenn wir zu einer völligen Bereinigung aller stehenden Probleme mit Frankreich gelangen sollen. Sie ist die Aufgabe des kommenden Jahres.

Der Gedanke der Verständigung marschiert. Hüben und drüben. Manche Stimme wurde an die Seine laut, die früher unmöglich erschienen wäre, und die Rede des deutschnationalen Abgeordneten Höflich in der großen außenpolitischen Debatte des Reichstages hat gezeigt, daß auch diese Partei bereit ist, den Eintritt in den Bälternunrat und den Abschluß des Locarno-Vertrages nimmer bei gebührender Tatkraft anzuerkennen. Es ging überhaupt bei gebührender Trommelfall. Herr Höflich machte kein Hehl daraus, daß seine Menschen Sehnsucht nach Ministerstellen verspürten. Die Offerte wurde vor aller Öffentlichkeit abgegeben. Zu spät. Sollte die Partei Locarno sofort gebilligt, so wäre sie vermutlich in der Regierung geblieben. Sie wäre gerüstet zu verdrängen gewesen. Heute gibt es kein Zurück mehr. Sie hat sich als zu unzuverlässig erwiesen. Weder Zentrum noch Demokraten versprechen Abkehr, sich mit ihr einzulassen. Sie wird auch weiter ausgeschaltet bleiben und erst einmal bei einer Reichstagswahl ihre Wäutung empfangen müssen. Man gelobtes Verantwortungsbewußtsein ist der schärfste Vorwurf, der Politikern gemacht werden kann. Ihr Drängen begreifen wir durchaus. Sie möchte aus einer unerschiedlichen Lage herauskommen, aber wir haben keinen Anlaß, ihr dabei helfend zu leisten, denn gebilligt wird unter der Sonne jeder Tat der verbliebenen Mut.

Die Mitte regiert allein. Das ist das Ergebnis dieser letzten Wochen und von uns an dieser Stelle bereits vorausgesetzt. Die große Koalition kommt nicht. Forderungen der Sozialdemokratie fließen auf Abklärung der Mitte. Herr Brüning hat sie uns in einem Morgenblatt beraten, die laute: Das Reichswehrministerium und das Reichsarbeitsministerium. Herr Brauns weist nicht von seinem Vize und hinter ihm steht das Zentrum, das niemals stürker war als heute. Herrn Gessler aber schickt vor allem die Volkspartei, während er den Angriffen eigener Parteiblätter ausgeliefert ist. Dabei hat er sich in der Frage der Verbände durchaus korrekt verhalten und sich nicht mit Herrn Mahraun eingelassen, der jetzt plötzlich sogar vom Vorwärts gestreichelt wird, nachdem er ihn Jahre hindurch erbittert bekämpfte. Die Reichswehr darf mit Verbänden nichts zu tun haben, ganz gleich welcher Art sie sind. Sie hat aus der Politik sich fern zu halten und soll nur das Instrument in der Hand der Regierung sein, sonst verfehlt sie ihren Zweck. Daß Mißstände vorhanden sind, ist auch von Dr. Gessler jederzeit zugegeben worden. Das hängt mit ihrer Einrichtung zusammen. Sie wurde aus jenen Kreisen geschaffen, die damals zur Verfügung waren und als Träger des alten Systems galten. Sie an die Republik zu gewöhnen ist Aufgabe der ganzen Nation. Wer aber an dem geschnorenen Eid auch nur denkt, hat der gegenwärtige Minister fest auch durchzuführen kann und durchzuführen wird.

So gerührt die Politik wieder einen freundlicheren Anblick. Aber Wolkern genug gibt es trotzdem an unserem Himmel. Es ist vor allem der Reichsfinanzausgleich, der erste Sorgen bereitet. Eine drabende Sprache wird in München geführt. Ueberhören läßt sie nicht, aber ihr gegenüber gibt es nur unerschütterliche Festigkeit. Wir lassen uns das Reichsgeplie nicht zerören. Will man an der Jar den Kampf, den wir gegen verdrängen wollen möchten, so werden wir ihn eben führen müssen und zwar nicht in Berlin, sondern auf bayerischem Boden. Dann müssen die Elemente aufgerufen werden, die innerlich in nie wankender Treue zum Reich stehen und sie sind vermutlich viel zahlreicher, als die herrschende bayerische Volkspartei zugeben will. Zu scheuen brauchen wir die Auseinandersetzung nicht. Die deutsche Republik hat stärkere Stürme siegreich bestanden. Richard Man.

„Freunde“ der Wirtschaft.

Die Taktik der Deutschnationalen.

Das parlamentarische Regime hat einen oft gar nicht genug gewürdigten Vorzug, der darin besteht, daß die Demagogie sich nicht hinter Thron und Altar verbergen kann, sondern sozusagen unter der Kontrolle der Öffentlichkeit arbeiten muß. Das Geschäft wird dadurch natürlich komplizierter und diejenigen, die nicht lernen wollen, daß das Parlament eine Stätte sachlicher Arbeit ist und die immer wieder glauben, den Parlamentarismus diskreditieren zu können, machen sich schließlich selbst lächerlich, indem sie sich in verwickelte Situationen hineinmischen lassen, aus denen dann höchstens noch mehr oder weniger verurteilende Unerfahrenheit herausführt, aber auch das nur für kurze Zeit. Den Deutschnationalen ist es bei ihrer Jurisprudenz das Leben schwer zu machen oder andererseits den allzu stark vorhandenen Eifer, selbst mitzutragen, daß sie sich ständig in einer ganz unambivalenten Situation fassen. Aber leider sprechen sich die Dinge herum und so sind wir in der Lage, zu den jüngsten Vorgängen eine Zeitschrift zu veröffentlichen, die von einer fähigen Persönlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens uns in dieser Angelegenheit ausgehört wurde. Es heißt darin:

„Es ist nachdrücklich überhaup nicht mehr zu verstehen, wie man in weiten Kreisen der Wirtschaft sich noch immer nicht aus der Täuschung befreien kann, daß die Deutschnationale Volkspartei irgendwie dazu berechtigt wäre, die Vertretung der Interessen der Wirtschaft für sich in Anspruch zu nehmen. Immer wieder im Wahlkampf ungeheuer dazu überreden, dieser Partei im Wahlkampf ungeheuer Geldmittel zur Verfügung zu stellen, die dann ganz richtungslos — wie bei den Verhandlungen um Zollfragen — in einseitigen agrarischen Interesse verwendet werden; es ist eher nur an den deutsch-nationalen Handelsvertrag erinnert. Das Verhalten, das diese Partei neuerdings bei der Behandlung der Erwerbslosenfrage gezeigt hatte, sollte doch endlich manchen die Augen öffnen. Was ist geschehen? Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf eine 20-prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge eingebracht. Die Deutschnationalen haben trotz wachsender Stimmen in ihren eigenen Reihen, lediglich aus dem Bedürfnis heraus, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, sich der sozialdemokratisch-kommunistisch-politischen Front angeschlossen und so die Mehrheit für die Annahme des Antrages hergestellt. Gleich darauf haben sie offenbar Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen und haben durch den Grafen Westphal erklären lassen, daß sie erstens nicht angenommen hätten, daß die Sozialdemokratie erstlich mit einer Annahme dieser Anträge gerechnet hätte und daß sie zweitens entschlossen gewesen wären, in der Schlussabstimmung, den Beschluß als Ganzes abzulehnen. Daß es sich hier nach wie vor um eine Demagogie handelt, geht daraus hervor, daß es bei diesem Gegenstand eine Schlussabstimmung überhaupt nicht gab. Als das vom Präsidenten festgesetzt wurde, hat man natürlich sofort erklärt, daß die Frage der Schlussabstimmung freilich wäre. Aus den Ausschüssen, die der Abgeordnete Schulz-Bromberg für die Deutschnationale Volkspartei kurz darauf zur Geschäftsführung machte, geht aber hervor, daß es den Deutschnationalen sehr wohl bekannt war, daß eine Schlussabstimmung hier nicht in Frage kam. Im ferngezogenen Bericht der 229. Sitzung steht wörtlich: „Wir waren uns also, als wir zu dieser Abstimmung schritten, darüber klar, daß der Herr Präsident und — wie es nicht zweifelhaft war — auch die Mehrheit des Hauses eine Gesamtabstimmung für unzulässig hielten.“ Die Heuchelei der Deutschnationalen ist mittels allemahnig festgestellt und kann durch Worte ihrer eigenen Reaktionsführer belegt werden, wie das ja oft passiert, wenn man sich in ein verlogenes Gewebe von Behauptungen verstrickt.

Ein ähnliches Mandat hat sich ja dann bekanntlich im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages abgespielt, wo die Deutschnationalen einen kommunikativen Antrag, dessen Sinn war, die Arbeitslosenunterstützung unbegrenzt zu verlängern, einbrachten, so daß ein Ausschussbeschluss zustande kam, anlässlich dessen die Regierungsparteien erklärten, daß ein Weiterarbeiten des Ausschusses unter diesen Umständen überhaupt unmöglich sei. Es ist ja selbstverständlich, daß es Leute gibt, denen das parlamentarische System nicht gefällt. Aber es ist doch einfach unerantwortlich, die Rechte dieses Systems zu diskreditieren, insbesondere auf dem Rücken der Steuerzahler durch bewusste Verführung wichtiger Wirtschaftsinteressen zu betreiben. Es gibt doch Mängel genug, wo die Deutschnationalen Gelegenheit haben, durch Schreiben und Klappern mit den Wählern das Ansehen des Hauses herabzusetzen. Es gibt nun einmal Leute, die wenn sie an Wahlen sitzen, wieder zwangsgewalt in die Willkür ihrer Kennzeichen zurückfallen; die Personalsache hat sich hier eingehend mit solchen Dingen befasst. Es gibt gewiss Gelegenheiten, wo das keine große Rolle spielt. Aber daß es die Wirtschaft für die Dauer gefährdet läßt, daß ihre Entwicklung durch derartige kindliche Mäander gestört wird, ja, daß sie sogar noch das Geld dafür vergibt, um diese Leute möglichst stark zu machen, dafür kann doch kaum irgendwo in der Welt jemand Verständnis aufbringen.“

Wir geben dem Schreiber darin recht, daß die Haltung der Wirtschaft gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei mit dem gesunden Menschenverstand nicht erklärt werden kann. Das Verhalten der Deutschnationalen selbst ist uns durchaus verständlich, denn man braucht nur die deutschnationalen Presse zu lesen, so konnte man am Tage nach diesen Vorgängen das Eingeständnis finden, daß nur die Echnunft nach den Ministerien das Verhalten der deutschnationalen Reichsregierung bestimmt. Die Kolonialgeschichte weiß davon zu berichten, daß zu Beginn der Entsendungsperiode holländische Kaufleute befreit waren, unter den wilden Jünglingen und lächerlichsten

Bedingungen am japanischen Hofe aufzutreten, um in das Geschäft mit den Japanern zu kommen. Unsere Deutschnationalen sollten keine Wilderei und Fälscherei, wenn es sich darum handelt, in die Regierung zu kommen und damit in eine Stellung, von der man sich ein gutes Geschäft verspricht.

Aufruf!

Deutscher Republikanischer Lehrerbund an Volks-, Mittel- und Hochschulen. Der Vorort Gießen.

Die republikanische Lehrerschaft begrüßt mit besonderer Freude und Hoffnung den Ruf von **Wirth, Haas und Loebe** nach Sammlung aller Republikaner. — Er soll uns ein Ansporn zum weiteren Ausbau unserer seit 1921 bestehenden Organisation sein.

Unsere ganze Arbeit gilt der Zukunft, der Feindschaft und der Blüte der deutschen Republik.

Wir wollen im Sinne der Weimarer Reichsverfassung die deutsche Jugend erziehen, das ganze Schulwesen und Schulleben, Organisation und Verwaltung, pädagogische Literatur und Schulbücher mit republikanischem Geiste erfüllen.

Wir wollen jeder an Schulen und Universitäten sich zeigenden, gegen die Republik gerichteten Propaganda entgegenzutreten und Aufhebungen, sowie Schwägungen, die Lehrern oder Schülern aus ihrem Bekenntnisse zur Republik erwachsen, gemeinsam abwehren. Die Klagen aus allen Teilen Deutschlands über denstehliche und geschäftliche Zurückgefallen und Benachteiligungen republikanischer Lehrer sind erspürbar. Sie sollen reichhaltiger schon unseren Bund.

Wir treiben keine Parteipolitik. Wir beschäftigen uns nicht mit den Forderungen der einzelnen Lehrergattungen in Konkurrenz zu treten. Diese haben sich andere Aufgaben gestellt. Unsere Zeitschrift „Der Wegweiser“ will das Forum bilden für sachliche und dauerhafte Aus-

Demokraten!

Denk an eure Organisation und Presse. Zahlt pünktlich eure Beiträge und gebt eine freiwillige Spende zur Fortführung der politischen Arbeit.

sprache über Schul- und Kulturstfragen. So tief und grundsätzlich auch manche Gegensätze in diesen Fragen die im republikanischen Gedanken Geistes von einander trennen, muß doch eine ruhige Aussprache zum objektiven Verständnis und zur ehest demokratischen Toleranz gegenüber jeder ethischen Überzeugung führen. Hier flarend und verständig zu wirken, ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der deutschen Republik.

Wir wollen Erziehungsarbeit für den neuen Staat leisten und ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession alle Lehrer an Volks-, Mittel- und Hochschulen sammeln, die sich rüchellos zur deutschen Republik bekennen. Laufende stehen noch abwärts, die uns ihre Sympathien entgegen bringen. „Ein köstliches Mitarbeiter“ ist mehr wert als ein zehnter Sympathisant!

Republikanischer Lehrer und Lehrereinnahmen! Beherrschet dieses Wort eines der gedächtesten Wortkämpfer der Republik und arbeitet mit!

Eltern! Leht auch ihr unsere Zeitschrift „Der Wegweiser“, die bereits im 3. Jahrgange mit gediegenen, anregenden Originalaufsätze zu behnlicher Vertiefung freier Staatsgestaltung wirksam beiträgt. (Jahrl. 150 M.) Das Opfer, das wir fordern, ist für den einzelnen äußerst gering. Der Nutzen, der aus unserer gemeinsamen Arbeit der deutschen Republik erwächst, wird gewaltig sein.

Der Vorstand des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes:

Universitätsprofessor Dr. a. H. — Rektor Loos
Oberlehrer Dr. A. Professor Hüter
Bundesanführer: **Deutscher Republikanischer Lehrerbund, der Vorort Gießen, Steinstraße 90.**

Diesem Aufruf treten empfehlend bei:
Reichsinnenminister a. D. Dr. Eduard David, M. d. R.;
Universitätsprofessor Dr. Guilan Knabrug; Frau Oberlehrerin Dr. Hildegard Wegheider, M. d. Preuß. L.;
Geheimrat Universitätsprofessor Dr. Ferdinand Ebnis; Lehrer Werner Biele, M. d. Preuß. L.;
Mittelschullehrer Ferdinand Hoff, M. d. Preuß. L.;
Oberlehrer Dr. Theodor Bohner, M. d. Preuß. L.;
Universitätsprofessor Dr. Friedrich Desauer, M. d. R.;
Dr. Leo Weismantel, M. d. Baar. L.;
Reichsanführer a. D. Dr. Joseph Wirth, M. d. R.

Anmeldungen zum Bund (jährlich 1,80 M., einschließlich „Wegweiser“) oder Bestellungen auf den „Wegweiser“ (jährlich 1,50 M.) sind zu richten an unseren Reichsleiter, Zeitschriftenverleger, Gießen, Bismarckstraße 11 (entweder auf Postkontonummer Frankfurt a. M. Nr. 69 154 oder in Briefmarken).

Die Durchführung des Hohenzollernvertrages. Das Schicksal der Schläfer.

Im Preussischen Finanzministerium ist man, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, mit Arbeiten zur Durchführung des Hohenzollernvertrages beschäftigt. Man hofft, daß sich aus der Durchführung im allgemeinen keine deshalb keine Schwierigkeiten ergeben, weil der Staat ja seit sieben Jahren infolge der Beschlagnahme mit der Verwaltung des Hohenzollern-

mögens beschäftigt ist. Es wird nunmehr darauf ankommen, den neuen Staatsbesitz in den übrigen Staatsbesitz organisch einzugliedern. Die Forsten, die Domänen werden in Zukunft vom Landwirtschafsministerium mit verwaltet werden. April die sogenannten Wasserbauverträge werden ab 1. April 1927 eine besondere Verwaltung beim Kultusministerium eingeführt, die Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten“, während die dem Staat zugefallenen Grundstücke von der allgemeinen Finanzverwaltung mit verwaltet werden.

Zu den Museumsverträgen gehören u. a. das Schloss Schloß Monbijou, Charlottenburg, Sanssouci, das Neue Palais, die Pfaueninsel, Wilhelmshöhe, sowie Schloss und Park zu Homburg, Schloss und Park zu Brühl, ebenso zu Wiesbaden als Museumsverträge. Die Schlösser zu Wiesbaden dieses Schlosses sind kurzlich den englischen Truppen einquartiert, während der Hauptteil des Schlosses selbst von der Besetzung frei ist. Weiter werden u. a. vom Kultusministerium verwaltet werden: Burg Sonea a. Rh., Schloss Solzenfels a. Rh., Babelsberg und das Schloss Königswinterhausen.

Es ist geplant, im Kronprinzenpalais die Generalverwaltung der preussischen Staatsverträge unterzubringen, wegen Schloss und Park Niedersteinhausen über den Verkaufsverhandlungen mit Pantom. Die Schlösser zu Königsberg, Stettin, Oranienburg, Weignitz, Breslau, Quedlinburg, Merseburg, Osnabrück, Münster und Cassel sind bereits seit längerer Zeit zum größten Teil vermiert. Das Schloss zu Hannover ist an die Stadt Hannover abgegeben worden, das Rieler Schloss an die Provinz Schleswig-Holstein.

Wehr die Verwaltung des Jagdschlösses Hubertuslust ist endgültig noch nicht entschieden worden. Das Jagdschlösschen Saurat bei Springe dient als Kindererholungsheim, das Jagdschlösschen Gohde ist zu einem Beamtenerholungsheim umgewandelt worden und im Jagdschlösschen Vellinghausen hat eine freie Schulgemeinde Aufnahme gefunden.

Die im Schloss Berlin befindliche Hausbibliothek wird nunmehr nach den Grundrissen der preussischen Staatsbibliothek verwaltet werden und in diesem Sinne auch der Öffentlichkeit allgemein zugänglich sein.

Die dem Staat zugefallenen preussischen Kroninsignien, Siegel, Reichsapfel, Reichsriegel, Reichsfahne und Reichswappen werden demnach in einem dem Staat verbleibenden Schloss öffentlich ausgestellt werden.

Aus Parlamenten und Parteien

Demokratische Tagungen.
Am 27. November tritt im Reichstag der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei und am 28. November der Partei-Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei zusammen. In der Sitzung des Partei-Ausschusses werden u. a. die Reichsminister Dr. Kälig und Dr. Reinhold über die politischen und gesetzgeberischen Arbeiten des Ministers sprechen.

Die Arbeitsämter und das selbständige Gewerbe.

Der demokratische Abgeordnete Bartsch hat im Reichstag nachdrücklich keine Anfrage eingebracht: „Mit der Reichsregierung bekannt, daß die Arbeitsnachweise in den größeren Städten dazu übergegangen sind, beschäftigungslose Handwerker zur Verfügung zur Ausführung von Reparaturarbeiten zur Verfügung zu stellen? In einzelnen Fällen ergeben Anzeigen in den geleseften Tageszeitungen, wenn feststellungsgelbe Arbeiter darauf hinweisen, daß sie zur Vermittlung durch den Arbeitsnachweis erfolgt. Bei dieser Art der Selbstbegleichung der Arbeitslosigkeit verloren, sondern auch die sozialen Einrichtungen, wie Krankenfälle, Invalidenversicherung, Unfallversicherung erhalten nicht die ihnen zuzurechnenden Beiträge, da diese Auftragsgeber nicht geneigt sind, den dem Arbeitsnachweis ausgefallenen Einstellungen zu unterstützen, insofern die Arbeitslosen außerdem noch die Arbeitslosenunterstützung daneben beziehen. In der Reichsregierung bereit, das Arbeitsnachweisamt anzuschaffen, daß diese sich bei einzelnen Arbeitsnachweismännern herausgebildete Praxis dem Sinne des Artikels 164 der Reichsverfassung nicht entspricht und ist es ferner bereit, daran einzugreifen, daß die Arbeitsnachweismänner ihre Tätigkeit einstellen?“

Die Zölle für Getreide und Futtermittel.

Eine demokratische Anfrage.
Der Abgeordnete Dr. Menz und die übrigen Mitglieder der Deutschen Demokratischen Reichstagsfraktion haben die nachdrücklich keine Anfrage eingebracht:

„Die Unklarheit über die Gestaltung der Zölle für Roggen, Weizen, Futtergerste, Hafer und Mais nach dem 31. Dezember 1926 für die beteiligten Kreise von Landwirtschaft, Industrie und Handel unerträglich und ein Gefahr für die künftige Volksernährung. Die unerträgliche Einbringung einer Vorlage ist deshalb dringend geboten. Wann gebent die Reichsregierung eine solche einzubringen?“

Reichsbauern- und Handwerler.

Der demokratische Abgeordnete Bartsch hat die nachdrücklich keine Anfrage im Reichstages eingebracht: „Mit der Reichsregierung bekannt, daß Reichsbauern- und Handwerler, Reichsbesitzungsverwaltung und Deutscher Reichsbauern- und Handwerler die neue Verordnungsordnung nicht beachten, sondern nach Grundrissen, die der Reichsverbundungsordnung widersprechen, von einzelnen Reichsbauern des Reiches vorgegangen wird? In der Reichsregierung weiter bekannt, daß die Verordnung des Reichsfinanzministers vom Schließen vom August 1925 noch in Kraft und ist sie bereit, nach Annahme der Verordnung

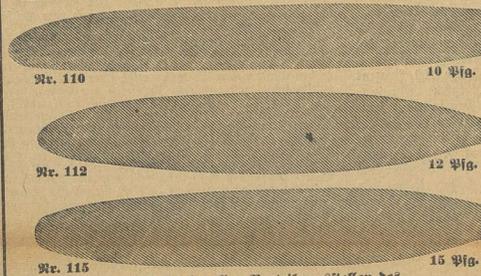
Mein Mann verlangt ein schönes Deoma. Es muß also



GEG
fein!

Spezialität	8	Dawins	10-Stück-Packung	1.50
Nr. 2 Sumatra-Brasil	10	Nr. 54 Extramarke	feines Aroma	12
Nr. 11 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 25 Sumatra-St. Felix-Havanna	leicht, hochfeines Aroma	20
Nr. 13 Sumatra-St. Felix	12	Nr. 29 Sumatra-St. Felix-Havanna	vollreife, hochwertige Qualität	35
Nr. 53 Spezialmarke	12	Zigarillos	Danbarbeit	7

Unsere Schlager



Nr. 110 10 Pfg.
Nr. 112 12 Pfg.
Nr. 115 15 Pfg.

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Niemals ermüdend!

Matador

Lehr-Plattchen

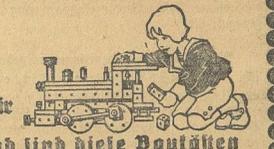
Das lebendige Spielzeug für jeden Jungen

Reichlich und anregend sind diese Plattchen

Preis per Stück von 1.20 bis 46.—

Alles zum Selbstbau! Alles bewegt sich! Alles dreht sich!

Zwanglose Beschäftigung erleben.




Buchhandlung Vollestimme, Magdeburg.
Große Münzstr. 3.

Kriegsbeschädigte!

Eure wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der auf republikanischem Boden lebende

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.

Ausreichende Verpflegung und Fürsorge ist sein Ziel, seine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Deshalb

Hinein in den Reichsbund!

Anmeldungen nehmen entgegen:
Gangeschäftsstelle Magdeburg, Alte Münzstraße 18.
Bezugs-Geschäftsstelle Halle, Dönerstraße 10 III.

Belz

eigener Herstellung

Paletts — Jaden 800.— bis 120.—
Natur-Schuhs — großer Schuh 80.—
Schals größte Maß 500.— bis 19.—
Kinder-Garnituren bis 5.—
Eichröh-Hüte 90.— bis 10.—
Herren-Geh- und Sport-
Pelze nach Maß 1000.— bis 120.—

Sternau

Alter Markt 32 (über Zöpfer)



Nähmaschinen

Lüneburger Straße 21
Fernruf 8312
Gegr. 1892
Werkstatt

Wasch- und
Wringmaschinen
Wäscherollen

Osterroth

Salzquelle

Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“

Bes. Ad. Kühnagel.

Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren

B. Wolff's Gelegenheitskäufe
Schwertfegerstraße 14/15.

J. BORMANN

Große Münzstraße 2

Koffer :: Reisetaschen :: Damen-Handtaschen :: Besuchs-
taschen :: Aktentaschen :: Rucksäcke :: Sportgürtel
sowie andere Geschenkartikel.

Alb. Willy Schüler

Kunst- und Bauschlosserei
Wallstraße 12. Magdeburg Fernruf 2354

fertigt alle Schlosserarbeiten an.
Spez.: Markisen, Scherengitter pp.

Eine Klasse für sich sind meine stadtbekanntesten biesigen und bayrischen

Biere

„Flaschen“ „Siphons“ stets
„Frisch vom Faß“

Liefere überallhin frei Haus.

Biervertrieb H. Dengel
Peter Paulstraße 3
Ruf 7722. Ruf 7722

Auf Teilzahlung

Herren- und Damen-Konfektion
Wäsche
Manufakturen
Schuhe :: Pelze

S. Margulies

Breiteweg 80/81

Freunde! Werbt Lefer!

KAVAUMA

KRANKENKASSE DES KAUFMÄNNISCHEN VEREINS / GEGR. 1899

DIE BESTE VERSICHERUNG GEGEN KRANKHEIT

Wilhelm Kobelt's

ff. Wurstwaren
ff. Fleischwaren

Altrenom. Wurst- u. Fleischw.-Fabr.

Magdeburg

Bärplatz Fernruf 7282

Kaufe im Konsum-Verein!

Altstädter Bürgeräle

Apfelstr. 9. Fernspr. 6774.
Inhaber Ferd. Preuße

Säle
Verzinszimmer
Speiserestaurant

Franz Pützkuhl

Empfehle:
Güte, Mützen, Schirme, Wäsche,
Krawatten, Söcke, Handschuhe,
Hosenträger.

Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Demokraten! Republikaner!

Auf den Bahnhöfen, in den Gasthöfen und Kaffees sowie bei den Zeitungserkäufern verlangt die

Mitteldeutsche Rundschau

Macht Freunde und Bekannte auf die Mitteldeutsche Rundschau aufmerksam, werbet Lefer; verlangt kostenlos Probehefte durch den Verlag Magdeburg, Breiter Weg 139/140.

Demokraten!

Beteiligt Euch an dem **Stammisch** jeden Dienstag ab 8 Uhr im Hotel Weißer Bär.

Bauern und Kleinbauern Pächter und Sieber verlangt die

Deutsche Bauernzeitung

Probehefte kostenlos.
Reichsverband landwirtschaftl. Klein- und Mittelbetriebe,
Berlin N. 24, Mombeynplatz 67b

Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 48

Halle (S.), den 27. November 1926

2. Jahrgang

Deutsche Wirtschaftspartei und Hauszinssteuer:

Die Deutsche Wirtschaftspartei als eine auf die bloße Agitation eingesetzte, politisch völlig verantwortungslose Partei sucht die eigentümlichen und unerfreulichen Verhältnisse, mit denen die Wohnungswirtschaft bei uns zu rechnen hat, nach allen Richtungen für sich auszunutzen: den Hausbesitzern spiegelt sie vor, daß, wenn sie am Ruder sei, sofort die ganze Wohnungswirtschaft aus dem Hausbesitzern durch sie sich empfangen, daß sie auf die Hauszinssteuer als auf eine unzulässige Erfindung der gegenwärtigen Koalitionsregierung in Preußen sieht und die Beseitigung dieser Abgabe in Aussicht stellt, gegen die die Wirtschaftspartei am Landtage ja auch gekämpft habe. Dieser Demagogie gegenüber sei über das Verhältnis der Wirtschaftspartei zur Hauszinssteuer an der Hand einer kürzlich erschienenen Schrift des demokratischen Abgeordneten Hoff über: „Die neue Hauszinssteuer in Preußen“ folgendes festgehalten.

1. Für die Hauszinssteuer in Preußen ist weder der preussische Finanzminister noch der preussische Regierungsrat verantwortlich, sondern einzig und allein die Reichsregierung, die die Hauszinssteuer allen Ländern auferlegt hat. Das einschlägige Reichsgesetz aber ist weder von der Großen noch von der Weimarer Koalition geschaffen worden, sondern von einer Rechtskoalition, in der die Wirtschaftspartei eine bedeutende Rolle spielte. Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und nicht zuletzt die Wirtschaftspartei gingen im Jahre 1925 mit dem damaligen Reichsfinanzminister, dem deutschnationalen Herrn v. Schlieffen, durch die Hand und wußten zu dem Zweck, den Ländern auch die Hauszinssteuer in der gegenwärtigen Gestalt auf, diese Parteien trugen daher auch die Verantwortung für die preussische Hauszinssteuer. Im preussischen Landtage haben die preussische Hauszinssteuer, die Steuer Sturm gelaufen, im Lande entziffert sie, besonders in den Hausbesitzervereinen, eine lebhafte Agitation dagegen. Sie bewiesen dadurch jedoch nicht, daß sie nicht den Mut und den politischen Anstand anbringen, zu ihrem eigenen Wert zu stehen und die von ihnen im Reiche geschaffenen Gesetze in den Ländern nun auch durchzuführen.

2. Das Reichsgesetz stellt es den Ländern frei, ob und in welchem Umfange sie die landwirtschaftlichen Gebäude von der Hauszinssteuer befreien wollen. In dem preussischen Gesetz ist die vollständige Freistellung der landwirtschaftlichen Gebäude ausgesprochen worden von einer Mehrheit, zu der auch die Wirtschaftspartei gehörte. Das ist auch wieder so ein „mittelschweifend-freundliches“ Stück dieser Partei! Ganz abgesehen davon, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, den landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbesitz großzügig von der Steuer zu entlasten, ohne daß die großgrundbesitzlichen Millionäre gleichfalls der Steuer völlig entzogen wurden, ist es doch bezeichnend, daß die Deutsche Wirtschaftspartei, die vorgebliche Vertreterin der Interessen des gewerblichen Mittelstandes, durch das Eintreten für die generelle Steuerfreiheit der Landwirtschaft nahezu die ganze Last der Hauszinssteuer auf den städtischen Grundbesitz und den gewerblichen Mittelstand legt.

3. Die Deutsche Wirtschaftspartei hat das Ihre getan, um die Prozenthöhe der Hauszinssteuer soweit als möglich in die Höhe zu treiben. Durch das Reichsgesetz, an dem die Deutsche Wirtschaftspartei ausschlaggebend mitgearbeitet hat, wird nämlich bestimmt, daß zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs 20–30 Prozent zur Förderung der Bauwirtschaft 15–20 Prozent der Friedensmiete zu erheben sind. Ferner heißt das Reichsgesetz vor, daß die Mieten am 1. April 1926 (später geändert in 1. Juli 1926) 100 Prozent der Friedensmiete betragen haben müssen. Für alle diese Bestimmungen ist die Deutsche Wirtschaftspartei mit Begeisterung eingetreten; sie hat also die Möglichkeit geschaffen, daß in den Ländern eine Hauszinssteuer in der Höhe der Hälfte der Friedensmiete erhoben werden kann. Preußen hat durch das neue Gesetz eine Hauszinssteuer von durchschnittlich 40 Prozent der Friedensmiete. Hätte die Deutsche Wirtschaftspartei in Preußen etwas zu sagen, so würde sich der städtische Grundbesitz auf eine Steuer von 30 Prozent gesenkt machen müssen.

4. Nach dem Reichsgesetz kann als Grundlage für die Hauszinssteuer entweder die Grundsteuer oder die Friedensmiete gewählt werden. In Preußen ist durch das Hauszinssteuergesetz die Grundsteuer als Maßstab genommen worden, und zwar werden 1000 Prozent der Grundsteuer als Hauszinssteuer erhoben. Die Regierung hätte ursprünglich die Friedensmiete (und zwar 40 Prozent dieser Miete) als Grundlage genommen. Den Demokraten ist es gelungen, die Grundsteuer als Maßstab in das Gesetz hineinzubringen. Das ist ein wesentlicher Vorteil für die große Zahl der Hausbesitzer, die kleine Wohnungen bewohnen. Es ist nachgewiesen worden, daß ein Haus im Friedenswerte von 30 000 M., das 10 kleine Wohnungen enthält, bei der Berechnung der Steuer nach der Friedensmiete jährlich 960 M. zahlen müßte, während es bei der Berechnung nach der Grundsteuer nur 720 M. Hauszinssteuer zu entrichten hat. Andererseits werden die Besitzer von großen Wohnungen nicht im mindesten geschädigt. Es ist den Demokraten überlassen geblieben,

diese für den Hausbesitz so wichtige Veränderung in das Gesetz hineinzubringen, die Deutsche Wirtschaftspartei hat hier mit den übrigen Reichsparteien vollständig versagt.

5. Einfamilienhäuser werden von der Steuer infolgedessen besonders hart betroffen, als Miteinnahmen nicht vorhanden sind, die ganze Steuer also von dem Besitzer, der nicht selten infolge der Inflation verarmt ist, getragen werden muß. Das Reichsgesetz hat infolgedessen die erleichternde Vorschrift getroffen, daß unter gewissen Voraussetzungen Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 70 qm von der Steuer freigestellt sind. Im preussischen Landtag haben die Reichsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei die entsprechende Bestimmung, die natürlich auch nur von einer Wohnfläche von 70 qm als Maximalgrenze der Steuerfreiheit sprach, als „lächerlich“ bezeichnet. Dabei sind sie es doch gerade gewesen, die die Beschränkung auf eine Fläche von 70 qm in das Reichsgesetz hineingebracht haben! Dann sagten die Herrschaften im preussischen Landtage freilich kein Wort, dafür stellten sie den völlig agitatorischen und mit Rücksicht auf das Reichsgesetz von vornherein aussichtslosen

Zur gefälligen Beachtung!

Nach ausstehende

Beiträge und Bezugsgebühren

bitten wir dringend einzuliefern. Prompte Erledigung erpart Mahnungen, Ärger und Bedrüh.

Jeder erfülle seine Pflicht!

und „lächerlichen“ Antrag, die Freigrenze auf 150 qm hinaufzusetzen. Positive Arbeit leisteten dagegen die Koalitionsparteien, die die Freigrenze von 70 auf 90 qm heraufzusetzen und auch sonst noch für die Einfamilienhäuser Steuererminderungen herbeiführten.

6. Ueber die Gesamtsituation der Deutschen Wirtschaftspartei und der beiden anderen Reichsparteien, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, gegenüber der Frage der Hauszinssteuer urteilt Abgeordneter Hoff zum Schluß seiner Broschüre: „Sie haben mit der Ablehnung der neuen Hauszinssteuer wie auch des sogenannten Zustimmengesetzes dem preussischen Staat die dringend erforderlichen Mittel zum Ausgleich des Etats, den Kommunalverhältnissen die Mittel zur Unterfütterung der Kleinrentner, der Wirtschaft die Mittel zur Förderung der Bauwirtschaft verweigert. Höher geht es nicht mehr!“

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geschäftsführender Aussch.). Montag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr im Parteibüro, Breiter Weg 139–140.

D. D. P. (Stammteil). Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, WeinstraÙe 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Samstag zu beteiligen.

Vertrauter Verleumder.

Das Schöffengericht in Stade beurteilte den Hofbesitzer Klaus Schulz aus Badenholz bei Holtern (Kreis Ror) wegen verleumderlicher Beleidigung zu sechs Monaten Gefängnis.

Schulz, der Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, hat bei der Einreichung eines Gesellensdenkmalis scharfe Angriffe auf die führenden Persönlichkeiten der Republik gerichtet. Er sprach u. a. von „internationalen Geißeln“, „internationalen Lumpen und Verbrechern, die das Vaterland verraten haben“ und sagte schließlich wörtlich: „Den Versailler Friedensvertrag haben Lumpen, die vom internationalen Golbe befohlen worden sind, unterschrieben.“ Der frühere Minister, Reichstagsabgeordneter Hermann Müller und Reichsjustizminister Dr. Bell haben auf Grund dieser unerhörten Beleidigung Strafantrag gestellt. Erstverurteilung ging der Oberstaatsanwalt mit diesem Verleumder scharf ins Gericht und wies darauf hin, daß die Beleidigung hochverdienter Männer getroffen habe, „daß nichts weiter getan haben, als den Willen der Nationalversammlung, wenn auch schweren, vielleicht gar blutenden Herzens, auszuführen.“ „Als andere auf und davongingen“, so führte der Oberstaatsanwalt wörtlich aus, „haben sich mutige Männer gefunden, um das schwankende Staatsschiff wieder aufzurichten. Wenn solche Männer in dieser infamen Weise mit Schmutz beworfen werden, so ist es höchste Zeit, daß mit aller Energie gegen solche Verleumder vorgegangen wird.“

Dr. Bohner in Düsseldorf.

Anlässlich der Generalversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Düsseldorf sprach unser Abgeordneter Dr. Bohner über innere politische Fragen. Nach dem „Beobachter“ führte Dr. Bohner u. a. aus:

Die Republik sei gesichert in der Form. Die ersten Jahre habe sie sich durch Negation behauptet. Sie habe stets die praktische Unmöglichkeit der Wiederkehr der Monarchie betont, da das den Auseinanderfall des Reiches bedeutete hätte. Jetzt behaupte sie sich aus der Schwere der Arbeit heraus, die zu leisten sei außen- und innenpolitisch. Welche Kräfte unseres Volkes müßten zur praktischen demokratischen Arbeit noch erzoogen werden. Hierzu gehörten die Anhänger der Bündis. Es sei im ersten Augenblick wohl leicht, etwas zu beschließen; aber auf die Dauer wirke der Beifall allein nicht. Es sei grundsätzlicher vom Vergehen des Parlamentarismus zu sprechen. Nichts sei erzieherischer als in einem Parlament bei der praktischen Arbeit mitarbeiten zu müssen. Eine Zeitung könne man da sich vielleicht mit Fragen befassen, damit aber höre es auf. Allerdings sei diese Erziehungsarbeit langwierig und schwierig. Die zu Erziehenden machten leicht Seiten sprünge, taptten auf das demagogische Geschnitz spekulativer Leute hinein, die mit der allgemeinen Unzufriedenheit ihre eigenen realen Gefühle machen wollten. Lehreich seien in der Richtung die jüngsten Bahnerfolge der Wirtschaftsbündler. Kein Wähler denke daran, daß man gerade der Wirtschaftspartei im Reichtage mit die enormen Steuern einschließlich der Hauszinssteuer verdanke; denn diese habe die Schiebeseife Finanzreform von A bis J mitgemacht. Politik sei kein Sonntagsvergnügen. Man müsse die einzelnen Vorgänge genauer betrachten und rechtzeitig die Urheber brandmarken. Einen breiten Raum nahmen die Schiffungen ein. Der Redner erinnere daran, daß Papst Leo XIII. die simultane Staatschule, in der der Religionsunterricht auf konfessioneller Grundlage erteilt werde, als konfessionelle anerkannt habe. Auf diese Tatsache müsse bei den kommenden Beratungen über die Schulfragen stets hingewiesen werden. — Der Vortrag wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

Was ist ein Volkshochschulheim?

Es soll sein eine stille Stätte im Lande, in welcher die besten Kräfte der wertvollen Jugend im nachschulungsbildungspflichtigen Alter ein halbes Jahr Aushilfs suchen können, um außerhalb der Fremde ihre berufliche Laufbahn zu führen. Hier sollen sie unter freundschaftlicher Führung Gelegenheit haben, je nach Neigung, sich in aller Schlichtheit und Volkstümlichkeit mit den Kulturgütern ihres Volkes zu beschäftigen, welche veröbend wirken können im Kampfe und im Hohen der Parteien und Interessengruppen des öffentlichen Lebens. Gleichzeitg sollen sie lernen, den Schlagworten des politischen Kleinmarktes die Maste zu lüften und so den Realismus ihrer Jugend durch eigene Gedankenarbeit zu fördern. Dadurch sollen die Volkshochschüler nach Rückkehr in ihren Beruf (denn sie werden in ihrem Beruf zurückbleiben!) durch gefärbte vertiefte Berufsauffassung und ein Sinnesbewußtsein über die Grenzen von Stand, Beruf, Klasse, Konfession, Partei Führer werden im Kreise Gleichalteriger und Jünger ihrer Volkshochschule. Sie werden dann Kulturinseln bilden im Strom des Materialismus und werden Zentren sein für andere, die seelisch hungern und dürsten.

Edward Weißsch.

Deutsche Demokratische Partei. In einer sehr stark besuchten Vorstandssitzung der Deutschen Demokratischen Partei in Magdeburg gab Herr Konrektor Hennig einen umfassenden Organisationsbericht. Einleitend wies er auf die Mitgliederbewegung der letzten 3 Jahre hin und konnte zur lebhaftesten Freude feststellen, daß die Ortsgruppe Magdeburg im letzten Halbjahr zahlenmäßig zugenommen hat. Die von der Partei geleistete Arbeit wurde in großen Umrissen geschildert, wobei besonders auf die monatlich einmal stattfindenden politischen Aussprachen hingewiesen wurde. Der Besuch dieser Veranstaltungen war überaus stark, und werden die Aussprachen auch für die Folge regelmäßig monatlich stattfinden. Der Parteivorstand ist zurzeit bemüht, die beruflichen und politischen Ausschüsse auszubauen. Es sind Sondertagungen vorgesehen für den gewerblichen Mittelstand und die Beamten, ferner eine Bauerntagung. Anfang Januar soll ein Parteitag stattfinden, mit dem eine öffentliche Versammlung verbunden wird. Am 27. November tritt nach langer Pause die Frauengruppe zusammen, um die aufbauende Arbeit zu besprechen. Herr Hennig nahm ferner Stellung zu all den Fragen, die der geschäftsführende Ausschuss erledigt hat und gab gleichzeitig die Maßnahmen bekannt, die im Laufe der nächsten Monate innerhalb des Bezirkes durchgeführt werden sollen. Herr Dr. Schröder erstattete den Referatbericht. Die Ergebnisse sind im letzten Vierteljahr geblieben, sodas die Partei in der angenehmen Lage war, für die Propaganda ganz erhebliches zu leisten. Beide Berichte wurden mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß daran erstattete Herr Stadtverordneter Schüller den Bericht der demokratischen Ratfraktion. Sie gut gebautem Vortrag ging Stadtverordneter Schüller zur Beschreibung der einzelnen Verwaltungen und deren Bedürfnisse über und legte die Stellungnahme der D. D. P. dar. Einen breiten Raum nahm die Behandlung der Gewerbesteuer ein. Herr Schüller wies nach, daß die demokratische Fraktion sich stets gegen die überpannten Steuerlasten der Gewerbetreibenden gewandt hat. Sie habe bei den letzten

*) Von der Reichsgeschäftsstelle der D. D. P., Berlin SW 11, Bernburgerstr. 18, unentgeltlich zu beziehen.

Besprechungen in dieser Frage ernsthaft versucht, Misdeutungen für die Gewerbetreibenden zu erreichen. Das sei zweifellos bis zu einem gewissen Grade gelungen. Der zur Prüfung der gestellten Anträge eingehende Ausschuss wird objektiv und gewissenhaft arbeiten, jedoch man die Härte, die in Erziehung getreten ist, beseitigt werden kann. Der mit großem Interesse aufgenommene Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Aussprache wurden die Wünsche in Bezug auf die kommunale Politik entgegengekommen und der Fraktion mancher Anregung gegeben. Mit der Organisationsarbeit war der große Vorstand durchaus zufrieden und billigte die vom Vorstand getroffenen Dispositionen. Eine Anzahl politischer Wünsche sollen in der am Montag stattfindenden Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses durchgearbeitet und der Landtagsfraktion als Material überreicht werden.

Geselliges Beisammensein. Die Frauengruppe der Deutschen Demokratischen Partei ludet zu einem geselligen Beisammensein auf Sonnabend den 27. November, nachmittags 4 Uhr nach der „Freundschaft“, Prälatenstr. 32, ein. Zu dieser Veranstaltung sind auch die Vertrauensmänner aus der Provinz gebeten. Die Begrüßungsansprache hat Fräulein Behrens, den Hauptvortrag Frau Abgeordnete Dönhoff-Berlin übernommen. Die Mitglieder der Frauengruppe haben zu dieser Tagung bereits Einladung erhalten und werden hiermit gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Uffland-Bund. Freitag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr in den „Mittleren Bürgerhäusern“, Apfelstr. 9; Vortrag des Herrn Parteisekretär L. Müng über „Der Geist von Weimar“.

Friedensgesellschaft. Herr Direktor Professor Schüme hat am 1. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Reichskrone“, Saalstraße, Eingang Peterstraße, einen Vortrag mit Lichtbildern über „Reise-Eindrücke aus Frankreich“, Gäste haben Zutritt.

Halberstadt. Die Ortsgruppe veranstaltete am Freitag, den 19. ds. Ms., in der „Harmonie“ wieder einen Vortragabend. Parteisekretär Weg sprach über: „Auch das neue Italien nach Sidral“. Redner schilderte unter seine verschiedenen Völkern in und durch Italien und schilderte besonders die durch ein ungünstiges klimatisches Klima, hohe Fruchtbarkeit und eine üppige florierende Pflanzenwelt, ausgezeichnete Riviera di Rapallo, den Küstenschutz von Genoa bis Nizza. Ein Bild entwarf Redner von dem Leben und Treiben in Italien und Sidral und ging dann zu einer eingehenden Besprechung der politischen Lage in Italien über. Der Vortragende schilderte den Macht Mussolinis nach dem 28. Oktober 1922 durch den eine grundlegende Veränderung in den ungeliebten geordneten Zuständen in Italien eingetreten sei. Der Fasismus habe sich aber nicht in der beabsichtigten Weise entwickelt, sondern sei auf andere Bahnen gelenkt worden, durch die dann schließlich die jetzigen, jeder Beschreibung spottenden Zustände entstanden seien. Solch hohe Muffinslinie erklärt: „Es gibt keine Opposition mehr“, sie sei aber auch tatsächlich verschwunden, ersetzt durch das neue Wahlgesetz und die Anhebung der Reichsrente. Im Parlament habe man die Mandate der Opposition für null und nichtig erklärt und die Abgeordneten einfach hinausgeprügelt. Auch dem Volke seien allerlei entscheidende Beschränkungen auferlegt worden. Aber es wage, das jetzige System zu kritisieren, tue dies auf die Gefahr hin, an Leib und Gut geschädigt zu werden. Redner schilderte dann noch die Leiden der Deutschen in Sidral, die aber trotz des Dralles der Fremdberrschaft die Hoffnung nicht aufgegeben haben, mit den deutschen Brüdern im Reich einmal vereint zu werden.

Dem mit freudigen Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich, wie üblich, eine rege Aussprache an.

Tangermünde. (Verdiente Auszeichnung.) Eine hohe Ehre wurde dem langjährigen und verdienten Chef der Zuder-Kaffinerie, Fabrikdirektor Dr. Feidm. Mayer, zuteil. Die technische Hochschule zu Berlin-Charlottenburg ernannte ihn zum Dr. ing. h. c. Die Tangermünder Kaffinerie besteht seit 100 Jahren und Herr Dr. Mayer hat es verstanden, das Unternehmen zu einem Weltunternehmen zu gestalten, das mit den modernsten Mitteln der Technik arbeitet. Wir freuen uns aufrichtig, daß diesem hervorragenden Industriellen wegen seiner außergewöhnlichen fähigen Tätigkeit diese hohe Ehre zuteil wurde und beglückwünschen unseren Parteifreund, Herrn Dr. Meyer, aufs herzlichste.

Rohlau. Die Demokratische Partei im Kreise Jerbst veranstaltete am vergangenen Sonnabend in Rohlau einen sehr stark besuchten Parteitag. Mittelschullehrer C. Steiner, Jerbst, gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Organisation. Das Hauptreferat hatte Herr Bürgermeister Sesse, Dessau, übernommen, der in glänzender Rede über die Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion berichtete. Die Ausführungen fanden hinstimmlichen Beifall. In der Aussprache wurden die Wünsche für die Fraktion entgegengekommen und deren Berücksichtigung empfohlen. Des weiteren unterließ sich der Parteitag über die Arbeit der Organisation und über die in nächster Zeit anstehenden Aufklärungs- und Werbearbeit.

Dessau. (Deutsche Demokratische Partei. Frauengruppe.) In einer gut besuchten Versammlung der demokratischen Frauen sprach Frau Dr. Dumitrescu Freitag-Beipzig über den Verlauf des Weltbundes für Frauenrecht in Paris. Der Kongreß war von 42 Nationen besucht und verstand es die Weiber, über die Arbeiten dieser Zusammenkunft eingehend zu berichten. Die deutschen Frauenvereine sind mit zwei Damen im Vorstand und mehreren anderen Damen in den Ausschüssen vertreten. Der Vortrag fand lebhaften Zustimmung und nahm Herr Dr. Kaufmann namens der Partei Gelegenheit, der Vortragenden herzgl. zu danken. Der

Rest des Abends war ausgefüllt mit musikalischen Vorträgen.

Maguhn. In einer gutbesuchten Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei sprach Redakteur Dr. Zoder-Dessau über „Die Wirtschaftspartei gegen den Mittelstand“. Er führte aus, daß eine Wirtschaftspartei, die nur an den Geldbeutel denke, ein auf die Dauer unmögliches und für die Wähler auch beschämendes Gebilde sei. Aber auch die parlamentarische Praxis der Wirtschaftspartei im Reichstag und im Preussischen Landtag beweise, daß sie innerlich völlig gefahren allen Problemen rats- und hilflos gegenüberstehe und daß sie es zuwege gebracht hat, durch ihre Abstimmen in zahllosen Fällen die Interessen gerade des Mittelstandes direkt zu schädigen. Die Demokratische Partei müsse aus dem Aufkommen der Wirtschaftspartei den Schluß ziehen, mit den Wirtschaftstreibern, insbesondere den kleinen selbständigen Gewerbetreibenden noch engeren Kontakt zu suchen als bisher. In der lebhaften Aussprache wurden die Ausführungen unterstrichen und der Wunsch geäußert, durch intensive Arbeit die Kreise des geriebenen Mittelstandes für die Deutsche Demokratische Partei zu gewinnen.

Parleinachrichten

Bezirk Halle.

Minister Dr. Schreiber auf dem Demokratentag in Halle.

Es kommt bei der politischen Parteiarbeit nicht oft vor, daß sich ein für eine Versammlung in Aussicht genommener Raum als viel zu klein erweist. Auf der Veranstaltung der Deutschen Demokratischen Partei in Halle am vergangenen Sonntag war dies der Fall. Denn der Vertreter für die Organisation im Reg-Bz. Vergebung erstreckte sich eines so starken Besuches, daß die Sitzung in den Schützenhausaal verlegt werden mußte. Bei Eröffnung durch den Vorsitzenden, Amtsleiter Kretzer, konnte dieser neben Herrn Minister Dr. Schreiber auch den Herren Landtagsabgeordneten Meinde, als Vertreter der Provinzialverwaltung Herrn Landeshauptmann Gehrmann Dr. Hübener, Herrn Polizeipräsident Dörle, Herrn Oberregierungsrat Sauppe, Herrn Regierungsrat Klappel und der Provinziallandtagsabgeordneten Landrat Dr. v. Krause und Medizinalrat Dr. Kühnlein begrüßen. Nach Erstattung des Geschäftsberichts durch den Geschäftsführer Dornblüth und des Jahresberichts durch den Schatzmeister Herrn Bankier Schwarz nahm Herr Minister Dr. Schreiber, von der zahlreichen Versammlung lebhaft begrüßt, das Wort. Unter Hinweis auf die augenfällige Festigung der Republik betonte der Minister, daß heute im Zeichen der als frische demokratische Politik zeichnenden äußeren politischen Erfolge und einer beginnenden wirtschaftlichen Gesundung viele, die der Republik bisher abnehmend gegenüberstanden, ein Bekenntnis für diese ablegen. Demgegenüber aber müsse erneut und besonders hervorzuheben werden, daß den Demokraten ihr republikanisches Bekenntnis nach wie vor herzensbedürftig sei. Wie sehr man dies auch heute noch verkenne, gehe aus Ausführungen des vorkonstituierenden Führers, des Abg. v. Campe, in der „Täglichen Rundschau“ hervor. Uns leiten, so führte Minister Dr. Schreiber aus, nicht etwa politische Rechthaberei oder irgendwelche theoretischen Erwägungen. Wir treten vielmehr für die deutsche Republik ein, weil wir sie für notwendig für den Staat halten und weil wir der ersten Ueberzeugung sind, daß nur unter dieser Staatsform und mit diesem Regierungssystem unser Vaterland zur alten Kraft und Größe und unser Volk zur nationalen Gemeinschaftsführung geführt werden kann.

Uns Liebe zum Vaterland also lieben wir Republik und Demokratie.

Und nationale Notwendigkeiten verpflichten uns, auf ihre Festigung und Entwicklung mit allen Kräften einzuarbeiten.

Aus der Umstellung der bisherigen Gegner der republikanischen Staatsform könne man aber offensichtlich die Engstigkeit des politischen Kampfes folgern. Die „Liberalvereinigung“ sei nur als eine Fraktion anzuzurechnen und ein Zusammenfinden von Männern anzusprechen, die sich zu einem Miteigenen mit der Zeit nicht durchgefunden haben. Die Wirtschaftspartei verdanke ihre Entstehung und ihr gegenwärtiges Bestehen dem teilweise berechtigten Klagen des geriebenen Mittelstandes über eine ungebührliche Härte der Steuern. Einer Uebernahme der Verantwortung durch Eintritt in die Regierung entziehe sich für sie die Hauptlast. Bei Durchführung der Agitation sei für sie die Hauptlast. Bei Durchführung einer gerechten Steuerreform, Hauszinssteuer und in der Wohnungssrage werde auch ein Juridiebene der Welle, die zur Wirtschaftspartei führte, eintreten. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet warnte der Minister vor einer Bewässerung uniformiert ererbten Forderungen nach Lohnherhöhung. Teile der gutbedienenden Industrie müßten die Arbeiter an ihrer Konjunktur teilnehmen lassen. Denn die Bekämpfung des Arbeitslosenproblems finde in einer

Hebung der Konjunktur der Massen

ihren wirksamen Ausdruck. Minister Dr. Schreiber machte dann noch interessante Ausführungen über die Stellung der politischen Parteien im Preussischen Landtag. Die Frage der großen Koalition werde im Reich nicht in Preußen entschieden. Für seine Worte fand er den stürmischen Beifall der Versammlung. Nach einer Mittagspause hielt Herr Staatsrat Dr. Franz-Lörgau einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über seine neuesten Forschungen auf dem Gebiet der Entwicklungslehre. Die zur politischen und wirt-

schaftlichen Lage hierauf einsehende sehr lebhaft und anregende Aussprache führte zur Annahme nachfolgender Entschlüsse:

Der Vertretertag begrüßt es auf das Lebhafteste, daß die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei mit Entschiedenheit auf eine schleunige Herabsetzung der unerträglich hohen Realsteuern hingewirkt hat. Eine entschlossene Mittelstandspolitik, vor allem eine Reform der ungerechten Hauszinssteuer und eine wesentliche Minderung der Gewerbesteuer sind unbedingt notwendig. Der Vertretertag erwartet von der Partei, daß sie auch auf eine schleunige Nachprüfung der Beamtengehälter hinwirkt, die schon im Hinblick auf die bereits erfolgten und vom Minister Hirschler in Aussicht genommenen weiteren Wiedererhörungen notwendig ist.

Zudem wurde eine Entschlüsse gefaßt, die von der Parteileitung ein energisches Eintreten für eine Personalpolitik im Sinne einer republikanisch-demokratischen Verwaltung wünscht. Auch die im Geschäftsbericht vorgelegten Entschlüsse für organisatorische Angelegenheiten fanden Zustimmung. Ein Antrag der Ortsgruppe Bitterfeld wurde bis zum Erscheinen der Regierungsvorlage für eine Änderung des Wahlgesetzes zurückgestellt. Mit der Einberufung eines Bezirksparteitages wurde der geschäftsführende Vorstand beauftragt. Die Verhandlungen, die mittags 11 1/2 Uhr begonnen hatten, fanden gegen 6 Uhr abends mit Dankesworten des Vorsitzenden, in denen er die freudige Mitarbeit der Versammlung an der politischen und wirtschaftlichen Richtlinie der Demokratischen Partei feststellte, ihren Abschluß.

Der Naumann-Kalender für 1927 wird in der Geschäftsstelle in Halle zur Abgabe vorrätig gehalten. Der Preis beträgt 65 P.

Soziales

77 620 Reichsbeamte wohnungslos.

Nach den Angaben, die im Reichsarbeitsblatt gemacht werden, sind bei den Reichsbehörden vorwiegend einbürgertlicher Wohnort 14 101 wohnungslos. Reichsbeamte umschreibt worden. Es waren durchschnittlich 85 Prozent dieser Personenzentrale wohnungslos. Bei der Deutschen Reichspost ergab sich ein Gesamtwohnungsbedarf von 19 111 Wohnungen. Bei der Reichsbahn betrug der Wohnungsbedarf mit Stand vom 1. November 1925 auf 44 608. Der Bedarf aller Reichsverwaltungen betrug also Ende 1925 77 620 Wohnungen oder durchschnittlich 6,4 Prozent. Es ist heute noch jeder 15. Beamte wohnungslos bezug wohnungslos.

Zukunft als Rechtspfleger.

Im Beamtenausfluß des Preussischen Landtags ist ein Antrag auf Landtagsfraktionen auf Antrag des Abgeordneten Barteid in der Fassung angenommen, daß das Staatsministerium ersucht wird, dem Landtag alsbald eine Nachweisung darüber vorzulegen, wieviel Beamte der Justizverwaltung bei den einzelnen Gerichten und Staatsanwälten Rechtspfleger-Tätigkeit ausüben. Dabei ist mitzuteilen, welche Dienstpflichtige unter dem Begriff der Rechtspfleger-Tätigkeit fallen.

Stellenumwandlung für Kanzleibeamte bei der Reichsbahn.

Nach den Beschlüssen des Reichstags hat der Reichsminister der Finanzen bekanntlich verfügt, daß von dem am 31. 3. 20 im Amt gewesenen Amütern von Stellen für Kanzleibeamte und von den im Amt, soweit handsel gewesenen Amütern an diese Stellen, soweit Ansaß für ihre Person unter Umwandlung ihrer Stelle in die höhere Gruppe überzuführen sind. Auf Anregung des Abg. v. Steglitz (Dem.) ist diese Maßnahme nunmehr auch auf die bei der Reichsbahn beschäftigten Kanzleibeamten ausgedehnt worden. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft hat in Aussicht genommen, in demselben Umfang, in dem für Kanzleibeamte des Reichs eine Stellenumwandlung vorgeesehen ist, auch die Kanzleibeamten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in den Gehalt der Bezüge aus der Besoldungsgruppe 6 zu setzen. Gehalt ist beabsichtigt, entsprechend dem Vorgehen des Reichs, den seinerzeit in Stellen von Eisenbahnstellen (Gruppe 5) übergeführten ehemaligen Kanzleibeamten zu 75 Prozent die Bezüge der Gruppe 6 zu gewähren. Voraussetzung für die Durchführung dieser Maßnahme ist, daß die erforderlichen Mittel durch den Wirtschaftsplan für 1927 bereitgestellt werden können.

Hauszinssteuer und Beamtenbesoldung.

Von dem 860 Millionen Hauszinssteuer-Ertrag werden etwa 285 Millionen Mark vom Staat als Folge des vom Reichstag beschlossenen Finanzausgleichs für allgemeine Zwecke (Wohlfahrtspflege und Erwerbslosenunterstützung) verwendet. In der Öffentlichkeit findet man dagegen die Auffassung verbreitet, daß die Hauszinssteuer für die Beamtenbesoldung verwendet wird. Die Beamtenauszahlung wendet sich mit Recht dagegen und fordert, solange die Hauszinssteuer überhaupt noch erhoben werden muß, daß sie ihrem Zweck entsprechend nur zum Wohnungsbau verwendet werden dürfe. Abg. Schuldt-Steglich (Dem.) hat das Reichsfinanzministerium ersucht, durch eine offizielle Pressemitteilung dem Zertum, daß die Hauszinssteuer für die Beamtenbesoldung Verwendung findet, entgegenzutreten.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Müng, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Hilg. 3A), Delitzsch.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 48

Halle (S.), 27. November 1926

2. Jahrgang

Die vereinigten Staaten von Europa.

Herrn Briands Wort — Der Anschluß Oesterreichs — Die Ueberbrückung des Hasses — Frankreichs Finanzproblem — Der eigentliche Frankens — Amerikas Stellung zu Thoiry — Die britische Reichskonferenz — Beneidenswerte Klugheit — Verlegung des britischen Schweregewichts — Die französisch-italienischen Beziehungen — Der Zwang des Faschismus — Genf und Stresa — Militärkontrolle und Rheinräumung — Deutschnationale Offerte — Keine große Koalition — Herr Mahraun — Sozialdemokratische Forderungen — Der Kampf um Geßler — Bayerische Drohungen.

Wiederholt ist das Wort von den Vereinigten Staaten von Europa gefallen. Herrriot hat es gebraucht und auch Briand bekannte sich gelegentlich zu diesem Zukunftsideal. Aber zum ersten Male ist es von einem leitenden Minister in seiner amtlichen Eigenschaft und vor einem Parlament ausgesprochen worden. Briand war es, der den Marsch dazu auftrug. Allerdings in einer Verbindung, die nicht ganz unseren Empfinden gerecht wird. Vielleicht sogar nur als letztes Mittel. Das vereinte Oesterreich ist die beste Gewähr gegen den Anstich Oesterreichs am Deutschland. Doch immerhin. Es hat jetzt den Wert einer programmatischen Erklärung erhalten. Es ist ein Teil amtlicher Bestrebungen geworden. Und das verdient festgehalten zu werden. Weltfremde Politiker haben sich auch bei uns längst zu diesem Gedanken bekannt und ihn praktisch zu verwirklichen versucht, indem sie über die Hintergründe des Hasses und der Rachsucht die Brücken zur Verständigung schlugen. Doch wir sind die Unterlegenen des Weltkrieges, deren Ansprüche nicht die gleiche Bedeutung haben wie die der Sieger. Und deshalb war es notwendig, daß die Frage zuerst in Paris gestellt wurde. Gerade dort, wo Jahrzehnte alte Abneigung den Erdteil immer wieder in blutige Abenteuer rief. Es gab keinen Frieden, es gab Frankreich die Niederlage von Sedan ausgewischt hatte. Ein Unterchied in der französischen und deutschen Einstellung, mit dem geredet werden mußte. Allerdings der Kampf von 1870 war nur ein Kinderbeispiel gegen das Völkervergehen unserer Zeit. Die Republik jenseits der Vogesen erholte sich rasch von den Schlägen und predigte wieder die Renouance. Erst das Weisheitswort der Jahre 1914 bis 1918 brachte die Menschheit zu Erkenntnis von der Sinnlosigkeit der Waffenjänge. Niemals ist eine Schlacht ein Gottesurteil.

Damals stand der Sieger sofort auf beiden Füßen, jetzt nimmt der Sieger mit schwersten Wunden bedeckt nach Atem. Gerade Frankreich hat am stärksten gelitten. Seine Finanzen sind zerschüttet, seine internationale Stellung bedroht. Nur unter bittersten Opfern kann es die Wüsten weiter tragen, die ihm militärisch seine Vormacht gewährleisteten. Die Finanzen aber gebieten ihm das Saft. Und so vollzieht sich schleichend die Wende. Das ist das Bedenklichste am Weltkriege, daß er sich selbst überlebte. Keiner kann sich seiner Vorbeeren freuen. Dazu sind sie zu blutdürstig und zu teuer bezahlt. Das Finanzproblem ist für unsere westlichen Nachbar entscheidend geworden. Herr Poincaré, dieser jähre Verächter einmal gefasster Meinungen, hat den Franken emporgeschoben, aber die Macht über seinen Stand ist ihm entglitten. Längst hat sich die Spekulation des Landes erkrankt man sorgenerfüllt, daß sehr leicht die Kursbewegung zur Katastrophe werden könnte. Selbst Poincaré hat eine Ahnung davon beschliffen, und die ihm nachsehenden Wälder warnen bereits. Man wird dieser weiteren Entscheidung mit Aufmerksamkeit folgen müssen, denn von ihr hängt mehr ab, als lediglich der Staat und der Franken selbst.

Frankreich ist nicht frei und Herr seines Geldes. Die Verschuldung aus dem Kriege drückt schwer auf die Nation. Alle Vorkämpfer zu einem Volkstum mit den beiden Großmächten, England und Amerika, zu gelangen, sind bisher gescheitert. Noch wichtiger ist das Parlament, die Vertragsgewalt zu gemeinsamer Hand aufzuheben. Aber die Ausschließlichkeit ist offenbar. Das Weiße Haus hat sich darüber mit aller Deutlichkeit geäußert und die Herrn Churchill nachsehende Kräfte hat es an Worten nicht fehlen lassen. Deshalb, und nicht aus äußeren Gründen hat Senator Berenger es abgelehnt, sich einmal als Vorkämpfer nach Washington zu gehen. Er weiß, daß er dort kein Gehör findet. Und so wird Frankreich trotz Poincaré und Marin nichts weiter überleben, als eines Tages doch diese harte Luft zu fraden. Dann aber ist auch die Bahn frei für Thoiry. Die Auflegung der Eisenbahnobligationen führt auf, eine finanzielle Umwälzung ist in Sicht, wenn die Vereinigten Staaten und Westrußland seine Rasse öffnet. Eine grundsätzliche Abneigung, von der unsere deutschnationalen Blätter getrieben werden, besteht nicht. Im Gegenteil. Nichts ist drölicher erwünscht, als ein Zusammenstoß des alten

Erde, der dann erst seine Kaufkraft wiedergewinnt und als wirtschaftlicher Faktor zur Geltung kommt. Schwierig wird die Stellung Englands, wenn sie die Seeherrschaft nach den Vereinigten Staaten von Europa sich erfüllt. Die britische Reichskonferenz hat hinter verschlossenen Türen gelagt, aber in einem Kommuniqué das Besondere ihrer Beratungen zusammengefaßt. Und das gewährt immerhin bemerkenswerte Einblicke in den Willen der Dominions. Es ist zweifellos eine gewaltige Leistung, die sich vollzogen hat, ein Akt staatsmännischer Weisheit, daß man die Zängel lockerte, ehe sie zerhackt wurden. Darin bedauert sich wieder englischer, politischer Instinkt. Folger, wie sie bei uns vorgekommen sind, werden auf John Bull's Insel vermieden. Man hat das Reich auf die Freiheit ungegründet und damit vermutlich das Geßler fester gemacht, als wenn man es mit eisernen Klammern zusammenhalten wollte. Die Dominions denken nicht daran, wie bei uns Phantasten glauben wollen, sich von Mutterland loszulösen, aber sie verstehen langsam das Schweregewicht. Aus den Dominions, die früher nur Kolonien waren, sind jetzt gleichberechtigte Glieder des Reiches geworden, die lediglich durch Interessen, aber auch durch die Erkenntnis ihrer Stärke im Imperium zusammengehalten werden. Nur für Europa ist es bedenklich. England ist heute das Haupt eines Reiches geworden, dessen wichtige Belange über See liegen. Daneben verschwinden die Interessen, die es in Europa hat. Niemals wieder kann es selbstherrlich eingreifen, ohne, daß die Dominions ihre Zustimmung geben. Es ist der Sachwalter fremder Erdteile und hat sein Augenmerk auf Vorgänge zu richten, die jenseits der Ozeane sich abspielen. Aus Europa fällt es damit heraus. Altpolitik überwand den Stolz, London bleibt Hauptstadt, bleibt es vielleicht sogar mehr denn je, aber nicht mehr in früherem Sinne.

Regenbeine Vereinbarung wird sich wohl ermöglichen lassen, wenn der Zusammenstoß auf dem Kontinent sich einmal vollziehen sollte. Vorläufig aber ist das nur ein Wunsch, dem erste Bedenken entgegenstehen, vor allem das Verhältnis zwischen Frankreich und Italien. Meldungen über Truppenzusammenziehung in den Savoyen-Alpen haben einige Aufregung hervorgerufen und Herr Turati, der Generalsekretär der faschistischen Partei, hat in einer Rede die Wirkung noch unterstrichen. Laute Töne liegen den Italienern. An sich bedeuten sie wenig, aber sie peitschen die Volkseinstimmung auf und können eines Tages zu gewalttätiger Entladung führen. Noch steht das Volk hinter Mussolini, aber genauere Kenner des Landes wissen, daß nur eiserner Zwang dieses Wun-

Wieviel Mitglieder hast Du in deiner Partei gewonnen? Keine? Dann alle, schäme nicht! Siehe Anderen nicht nach. Auf Deine Mitarbeit kommt es an.

der bewirkt. Der Unwille in den Massen ist groß, ohne sich äußern zu können. Ein Anstoß könnte genügen, um das ganze Gebäude des Faschismus zum Einsturz zu bringen. Wann er erfolgt, weiß niemand vorauszusagen. Nur seine Folgen sind klar. Es wäre der Bürgerkrieg in seiner blutigen Form. Nichts trennt uns von Italien, außer der Südtiroler Frage. Gerade deshalb müssen wir der Nation, die in enger Gemeinschaft mit uns zur nationalen Einigung gelangte, daß sie auch diese drohende Krise rasch und leicht überwindet. Zweifel, daß ein glänzender Stern über Rom waltet, sind allerdings berechtigt. Der Bogen ist überbrennt. Ein letzter Versuch, zwischen Mussolini und Briand zu vermitteln, wird voraussichtlich im Zusammenhang mit dem Genfer Völkerkongress-Tagung unternommen werden. Es ist dabei gleichgültig, ob die Zusammenkunft in Genf erfolgt, oder in Stresa, denn Vorgesang kann man mit Spannung entgegenzusehen. Überhaupt ist die Bedeutung der zweiten Dezembermode geprägt zu übersehen. Wenn Stresemann mit Briand und Chamberlain seine Verhandlungen fortsetzt, wird auch eine Erklärung in unseren Beziehungen zu Paris erfolgen müssen. In der

Frage der Militärkontrolle sind wir optimistisch. Es hat sich bereits herausgestellt, daß die deutsche Auffassung durchdringt, wonach eine föderale Kontrolle am Rhein mit dem § 23 des Friedensvertrages nicht vereinbar ist. Fest kommt es nur darauf an, soeben als möglich, die notwendigen Kontrollen der Alliierten Mächte zu befestigen. Bedenklicher liegt es in der Frage der Rheinräumung. Die Überstände in Paris sind noch erheblich. Und doch wird auch diese Sorge von uns genommen werden müssen, wenn wir zu einer völligen Beseitigung aller schwebenden Probleme mit Frankreich gelangen sollen. Sie ist die Aufgabe des kommenden Jahres.

Der Gedanke der Verständigung markiert. Hilfen und drüben. Manche Stimme wurde an der Seine laut, die früher unmöglich erschienen wäre, und die Rede des deutschnationalen Abgeordneten Hößlich in der großen außerpolitischen Debatte des Reichstages hat gezeigt, daß auch diese Partei bereit ist, den Eintritt in den Völkerbund und den Abschluß des Locarno-Vertrages nimmer als vollzogene Tatsache anzuerkennen. Es ging überhaupt bei gedämbtem Trommelklang. Herr Hößlich machte kein Hehl daraus, daß seine Mienen Schmach nach Ministerien seien verpöhlen. Die Offerte wurde vor aller Öffentlichkeit abgegeben. Zu spät. Sollte die Partei Locarno sofort gebilligt, so wäre sie vermutlich in der Regierung geblichen.

Sein Ergebnis dieses stelle bereits nicht. Fortschreibung der Kontingentspläne, aber nicht entnommen, das aber schließt vor Angriffen, er sich in halten und jetzt plötz- dem er ihn schwer darf welcher Art halten und soll nur das Instrument in der Hand der Regierung sein, sonst verfehlt sie ihren Zweck. Das Mißstände vorhanden sind, ist auch von Dr. Geßler jederzeit zugegeben worden. Das hängt mit ihrer Einrichtung zusammen. Sie wurde aus jenen Kreisen geschaffen, die damals zur Verfügung waren und als Träger des alten Systems galten. Sie an die Republik zu gewöhnen ist Aufgabe der ganzen Nation. Wer aber an dem geschworenen Eid auch nur denkt, hat den Ruf der Republik auszusprechen. Wir glauben, daß der gegenwärtige Minister fest auch durchgreifen kann und durchgreifen wird.

So gewandt die Politik wieder einen freundlicheren Anblick. Aber Wollen genug gibt es trotzdem an unserem Himmel. Es ist vor allem der Reichsfinanzangewand, der erste Sorgen bereitet. Eine drohende Sprache wird in München geführt. Ueberhöhen läßt sie sich nicht, aber ihr gegenüber gibt es nur unerschütterliche Festigkeit. Wir lassen uns das Reichsgeflügel nicht zerören. Wollt man an der Jar den Kampf, den wir gerne vermeiden wissen möchten, so werden wir ihn eben führen müssen und zwar nicht in Berlin, sondern auf bayerischem Boden. Dann müssen die Elemente aufgerufen werden, die innerlich in nie wankender Treue zum Reich stehen und sie sind vermutlich viel zahlreicher, als die herrschende bayerische Volkspartei zugeben will. Zu scheuen brauchen wir die Auseinandersetzung nicht. Die deutsche Republik hat stärkere Stämme siegreich befehdet. Richard Man.

